

Stand: 30.05.2026 11:23:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6744

"Rüstungsexporte erleichtern - Verfahren beschleunigen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6744 vom 20.05.2025
2. Beschluss des Plenums 19/6793 vom 21.05.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 51 vom 21.05.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Klaus Holetschek, Prof. Dr. Winfried Bausback, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Kerstin Schreyer, Dr. Stefan Ebner, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Steffen Vogel und Fraktion (CSU)

Rüstungsexporte erleichtern – Verfahren beschleunigen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die heimische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie bei Exporten besonderen nationalen Anforderungen ausgesetzt ist, die ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Unternehmen aus zahlreichen EU-Staaten einschränken.

Die Staatsregierung wird demzufolge aufgefordert, sich gegenüber dem Bund für eine Vereinfachung und Beschleunigung bei der Exportkontrolle für Rüstungsgüter und Dual-Use-Güter einzusetzen.

Das heißt insbesondere:

- ein vereinfachtes Prüfverfahren für Wiederholungsaufträge oder Dauergenehmigung mit Widerrufsvorbehalt,
- die Einführung einer Genehmigungsfiktion zur beschleunigten Entscheidung und damit zeitiger Planbarkeit für die Unternehmen,
- die Erstellung und Verwendung von Positivlisten („Whitelists“) für Kunden, Länder oder Produkte für ein formloses Anzeigeverfahren sowie
- die Übernahme der Genehmigung eines anderen EU-Staates für Produkte deutscher Unternehmen in Kooperation mit im NATO-Gebiet ansässigen Herstellern.

Begründung:

Bayern beheimatet eine leistungsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI). Sie steht für ein Drittel der gesamtdeutschen Wertschöpfung dieser Branche. Ihr Umsatz beläuft sich auf rund 4 Mrd. Euro, etwa 45 000 direkt Beschäftigte und weitere 90 000 Beschäftigte entlang der gesamten Wertschöpfungskette sind in der bayerischen SVI tätig. Wegen ihrer überragenden technologischen Fähigkeiten sind hierzu-lande produzierte Rüstungsgüter auch im Ausland gefragt. Die Ausfuhr von Rüstungsgütern oder Dual-Use-Gütern muss allerdings auf nationale Sicherheitsinteressen abgestimmt sein, weshalb Exporte vom Bund zu genehmigen sind.

Die Genehmigungsverfahren sind jedoch aus Unternehmenssicht kompliziert, intransparent und langwierig. Insbesondere bei der Genehmigung von Ausfuhren in kritische Staaten kommt es regelmäßig zu Verzögerungen. Hier obliegt die Genehmigung nicht dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), sondern dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Infolge dessen meiden ausländische Nachfrager mitunter Produkte aus deutscher Herstellung – anstatt des Slogans „Made in Germany“ wird nun mit „German-free“, also mit dem Verzicht auf deutsche Anteile im Produkt, geworben. Die Genehmigungspraxis des Bundes stellt deutsche Unternehmen vor große Herausforderungen. Dies schadet der heimischen Wirtschaft, bedroht Arbeitsplätze und zieht vermeidbare Steuermindereinnahmen nach sich. Daher sind Exportrestriktionen, soweit sie nicht auf Sicherheitsinteressen beruhen, abzubauen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Prof. Dr. Winfried Bausback, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Kerstin Schreyer, Dr. Stefan Ebner, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Steffen Vogel und **Fraktion (CSU)**

Drs. 19/6744

Rüstungsexporte erleichtern – Verfahren beschleunigen!

Der Landtag stellt fest, dass die heimische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie bei Exporten besonderen nationalen Anforderungen ausgesetzt ist, die ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Unternehmen aus zahlreichen EU-Staaten einschränken.

Die Staatsregierung wird demzufolge aufgefordert, sich gegenüber dem Bund für eine Vereinfachung und Beschleunigung bei der Exportkontrolle für Rüstungsgüter und Dual-Use-Güter einzusetzen.

Das heißt insbesondere:

- ein vereinfachtes Prüfverfahren für Wiederholungsaufträge oder Dauergenehmigung mit Widerrufsvorbehalt,
- die Einführung einer Genehmigungsfiktion zur beschleunigten Entscheidung und damit zeitiger Planbarkeit für die Unternehmen,
- die Erstellung und Verwendung von Positivlisten („Whitelists“) für Kunden, Länder oder Produkte für ein formloses Anzeigeverfahren sowie
- die Übernahme der Genehmigung eines anderen EU-Staates für Produkte deutscher Unternehmen in Kooperation mit im NATO-Gebiet ansässigen Herstellern.

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Martin Böhm

Abg. Felix Freiherr von Zobel

Abg. Florian von Brunn

Abg. Stephanie Schuhknecht

Abg. Wolfgang Fackler

Abg. Johann Müller

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe nun zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Klaus Holetschek, Prof. Dr. Winfried Bausback, Michael Hofmann u. a. und
Fraktion (CSU)**

Rüstungsexporte erleichtern - Verfahren beschleunigen! (Drs. 19/6744)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Bernhard Pohl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist ein Herzstück der bayerischen Wirtschaft. Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie produziert Rüstungsgüter, aber auch Dual-Use-Güter in bekannt hervorragender Qualität. Bayern hat hier auch in Deutschland eine Vorreiterstellung; ein Drittel der gesamten Wertschöpfung findet in Bayern statt. Das sind insgesamt 4 Milliarden Euro und 45.000 direkt Beschäftigte in diesen Unternehmen.

Ja, ein Teil dieser Rüstungsgüter geht auch ins Ausland. Das ist nicht so einfach wie bei irgendwelchen Wirtschaftsgütern; das ist klar. Hier braucht es eine Exportkontrolle. Warum braucht es diese Exportkontrolle? – Waffen können schützen, können aber auch bedrohen. Wenn die Polizei eine Waffe hat, dann werden die meisten Menschen im Freistaat sehr froh darüber sein, weil die Polizei die Menschen schützt. Ist die gleiche Waffe in der Hand von Verbrechern, wird die Mehrheit Angst haben, weil der Verbrecher damit nichts Gutes vorhat.

Das ist international, auf staatlicher Ebene nicht anders. Wenn die Staaten der NATO, der EU und befreundeter Staaten über gute und schlagkräftige Waffen verfügen, dann ist das gut. Wenn sie in den Händen kommunistischer Unrechtsstaaten, irgendwelcher Schurkenstaaten wie Russland und Weißrussland oder ähnlichen sind, dann stellen sie für die freie Welt eine massive Bedrohung dar. Deswegen muss man natürlich

schauen, dass die in Deutschland und Bayern produzierten Rüstungsgüter nicht in falsche Hände kommen. Deswegen brauchen wir eine Exportkontrolle.

Allerdings hat die Ampel-Regierung bei der Exportkontrolle den Bogen weit überspannt. Ich sage aber auch: Das war nicht nur die Ampel-Regierung, das waren auch Vorgängerregierungen. Hier sind wir zum Schaden für unsere Industrie über europäische Standards weit hinausgegangen. Früher hat es einmal "Made in Germany" geheißen, heute heißt es "German free". "German free" bedeutet, man kauft Rüstungsgüter, die keine deutschen Komponenten haben; nicht weil unsere Industrie so schlecht ist, sondern weil die gesetzlichen, regulativen Anforderungen so hoch sind, dass man diese Güter nicht einsetzen kann oder nur mit großer Verzögerung erhält.

Genau da müssen wir jetzt ansetzen. Das müssen wir ändern. Deswegen fordert unser Dringlichkeitsantrag, dass die Staatsregierung auf den Bund einwirkt, hier wieder zu einer wirtschaftsexport- und sicherheitsfreundlichen Politik zu gelangen. Warum sage ich das? – Rüstungsgüter haben nicht nur einen wirtschaftlichen Nutzen, wenn sie in Deutschland produziert und verkauft werden; sie stärken auch unsere eigene Sicherheit. Wenn unsere deutschen Rüstungsunternehmen prosperieren, dann können sie natürlich auch noch mehr Geld in die Entwicklung und in die Forschung stecken und damit die von ihnen produzierten Güter noch effektiver und besser machen. Damit stärken sie natürlich auch die Souveränität unseres eigenen Landes.

Warum ist das so? – Ja, es gibt internationale Freundschaften, aber in der Außen- und in der Verteidigungspolitik steht die Frage der gleichgerichteten Interessen an allererster Stelle. Wir erleben das – sehr bedrückend, wie ich finde – an unserem Verbündeten USA, der seine Bündnisverpflichtungen hintanstellt und eigene Interessen sehr stark in den Vordergrund stellt. Hier hilft es, wenn wir in Deutschland und Bayern die Grundlagen dafür schaffen, unsere Souveränität und natürlich damit auch unseren internationalen Einfluss zu stärken, wenn es nationale oder auch transnationale – ich denke hier zum Beispiel an das FCAS-Projekt, das wir mit den Franzosen und Italienern gemeinsam machen – Rüstungsentwicklungen gibt, die uns voranbringen.

Wir fordern daher, dass wir in einigen Punkten sehr schnell umsteuern und schneller und verlässlicher werden. Wir brauchen eine Harmonisierung auf europäischer Ebene, eine enge Koordination mit unseren Bündnispartnern in NATO und EU sowie den Assoziierten. Wir brauchen Positivlisten, wo statt eines langwierigen Genehmigungsprozesses die formlose Anzeige reicht. Wir sollten Genehmigungsübernahmen akzeptieren. Wenn ein ausländischer EU-Staat bereits grünes Licht für ein deutsches Produkt gegeben hat, dann sollten wir das übernehmen, anstatt selbstständig neu zu prüfen. Wir sollten Dauergenehmigungen mit Widerrufsvorbehalt sowie vereinfachte Verfahren für Wiederholungsaufträge vorsehen. Das sind die Voraussetzungen dafür, dass unsere heimischen Rüstungsunternehmen mehr Aufträge bekommen.

Mehr Aufträge zu bekommen, bedeutet nicht nur, wie ich sagte, eine Stärkung der Wirtschaft, sondern natürlich auch ein leichteres Hochfahren der in Deutschland vernachlässigten Verteidigung auf eine echte Verteidigungsfähigkeit. Deutschland muss unbedingt wieder verteidigungsfähig werden; dafür ist es notwendig, dass wir die herausragenden Fähigkeiten unserer Industrie, insbesondere hier in Bayern, aber auch in ganz Deutschland nutzen. Damit müssen wir ihr Fesseln abnehmen und die Möglichkeit geben, das zu tun, was sie herausragend können: für die Sicherheit unseres Landes, der NATO und der EU einzustehen. – Deswegen bitte ich um Unterstützung unseres Dringlichkeitsantrags.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Benjamin Adjei von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!

Benjamin Adjei (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Pohl, zwei Punkte: Zum einen haben Sie vorhin gesagt, dass "German free" mittlerweile ein ganz wichtiger Punkt bei vielen Beschaffungen sei, weil viele Länder nicht mehr in Deutschland kaufen wollten.

(Florian von Brunn (SPD): Totaler Humbug!)

Da frage ich Sie, ob Sie denn die Auftragslage der deutschen Unternehmen im Bereich der Rüstungsindustrie kennen und wissen, ob es da tatsächlich einfach keine Nachfrage mehr gibt.

Der zweite Punkt: Sie haben jetzt gesagt, die Ampel hätte den Bogen überspannt. Sie haben sich sicherlich mit den vier Entlastungspaketen beschäftigt. Welche dieser Maßnahmen in diesen vier Entlastungspaketen hat denn den Bogen überspannt, dass es so lange dauern würde?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich fange mit Frage eins an: Der Begriff "German free" kommt von den Kunden, nicht von der Industrie. Die Industrie beklagt das in Gesprächen mit uns. Das ist keine Erfindung der FREIEN WÄHLER. Das ist das, was unseren bayerischen und deutschen Rüstungsunternehmen von potenziellen Kunden gesagt wird. Ich erinnere an die Diskussion anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz mit Generalleutnant Alfons Mais. Ich weiß nicht, ob Sie zugegen waren. Da war das ein großes Thema. Das muss sich ändern. Natürlich ist die Auftragslage bei sehr vielen Unternehmen gut; aber sie könnte noch besser sein, und es wäre notwendig, dass sie noch besser wird, weil wir massiv nachrüsten müssen.

Ich komme zum zweiten Punkt. Ich hatte Ihnen gesagt: Die Ampel-Regierung hat den Bogen überspannt. – Aber ich hatte auch gesagt, dass die Vorgängerregierungen hieran ebenfalls ihren Anteil haben.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Inwiefern haben sie den Bogen überspannt?)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kollegen, Hohes Haus! Der Antrag der FREIEN WÄHLER entspringt der Zeit, in der man glaubte, sich bald in Berlin sonnen zu können. Träume sind da oft Schäume, liebe Kollegen. Eben einmal

das Außenwirtschaftsgesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz zu ändern, das wäre Ihnen aber auch dort nicht gelungen. Seien Sie versichert: Dazu ist der links-grüne Berliner Sumpf auch heute noch zu tief.

Zudem geht der Antrag vollkommen an den Problemen vorbei. Vor einigen Jahren war es die Abriss-Ampel-Regierung, die die Exporthürden erst einmal noch höher gelegt hat. Da war ein eklatanter Nachteil für bayerische Rüstungsunternehmen im internationalen Wettbewerb gewollt vorhanden.

Manche Ihrer Spiegelstriche beschreiben in der Tat richtige Maßnahmen. Dinge wie Positivliste, Dauergenehmigung und ein Überdenken der Exportkontrolle für Dual-Use-Güter haben durchaus Sinn. Allerdings ist heute die Lage gänzlich anders als vor drei oder vier Jahren. Unsere bayerischen Schmieden und Technologieträger können die Aufträge aus Deutschland und die Aufträge der NATO-Partner kaum mehr bewältigen. Von den Engpässen in der Munitionsproduktion will ich gar nicht reden.

(Heiterkeit des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Der Preis einer 155-Millimeter-Granate lag vor dem Ukraine-Krieg bei etwa 2.000 Euro. Heute liegt er bei über 8.000 Euro. Kaum eine Zahl verdeutlicht die Profitabilität unserer Rüstungsindustrie besser; aber das ist auch der inflationäre Wahnsinn eines Krieges. Über 30 Milliarden Euro an Steuergeldern deutscher Bürger sind so in den Krieg der Ukraine gewandert,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): In den Krieg Russlands, bitte!)

während die Depots der Bundeswehr weiter – Ruhe, bitte! –

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Schämen Sie sich!)

– Herr Kollege – ausdünnen, wo Verteidigungsfähigkeit doch gefragt ist, wie Sie ganz richtig resümiert haben. Aktuelle Zahlen zum Verschenken unseres Volksvermögens in Form von Waffen will der Kanzler der zweiten Wahl mittlerweile gar nicht mehr

nennen. Auf einmal ist alles ganz geheim. Man will Exportrouten damit absichern oder schützen. Nur für Frieden haben weder die alte noch die neue Regierung

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

noch Sie sich jemals wirklich eingesetzt. Deutschland braucht jetzt keine Rüstungsexporte.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Wach mal auf!)

Deutschland braucht drei Dinge: ein effektives Vergaberecht samt dazugehöriger Verordnungen, ein deutlich verschlanktes Beschaffungssamt, vielleicht auch geführt von Militärs und nicht mehr von Verwaltungsbeamten, und vor allem ein gesellschaftliches Klima, das die Jugend motiviert, Dienst an der Waffe im Sinne der Verteidigung unseres eigenen Landes zu leisten. Das ist, was in unserem Staat fehlt. Dieses Einsehen, diese Bereitschaft ist das, was unserer Jugend fehlt: Ich muss Dienst für das eigene Land leisten.

(Beifall bei der AfD)

Den dazu zweifelsohne notwendigen Patriotismus haben nicht alle, aber sehr viele von Ihnen unserer Jugend über viele Dekaden hinweg weggenommen.

(Florian von Brunn (SPD): Wer mit Moskau zusammenarbeitet, kann kein Patriot sein! Und wer mit China zusammenarbeitet, auch nicht!)

– Kollege von Brunn, sich dafür einzusetzen, fehlt Ihnen jeglicher politische Tiefgang, und Ihnen als Sechs- oder Sieben-Prozent-Partei in Bayern sowieso.

(Florian von Brunn (SPD): Ihr seid Verfassungsfeinde!)

Liebe FREIE WÄHLER, bleiben Sie bei Schaufensteranträgen. Wir bleiben hier die einzige Friedenspartei.

(Lachen des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Ihren Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei der AfD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist ja lächerlich!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Benjamin Adjei für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn hier vom "Krieg der Ukraine" geredet wird, dann ist das nicht nur Hohn oder Spott, sondern wirklich widerlich.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD sowie Abgeordneten der CSU)

Russlands Angriff auf die Ukraine hat ganz klar die Notwendigkeit aufgezeigt, dass wir unsere europäische Zusammenarbeit im Hinblick auf die Rüstungsindustrie stärken müssen. Das liegt ganz klar in unserem ureigenen Sicherheitsinteresse. Der Antrag der FREIEN WÄHLER denkt aber allein aus Sicht der Rüstungsindustrie. Rüstungsexporte werden von euch als reine Wirtschaftsgüter gesehen. Das ist fatal. Sie müssen immer auch einem sicherheitspolitischen Kontext folgen.

Dieser Antrag liest sich – und auch deine Rede, lieber Bernhard, hört sich so an –, als stünde die deutsche Rüstungsindustrie kurz vor der Insolvenz. Dabei boomt die Sicherheitsindustrie derzeit, und die Auftragsbücher sind voller denn je. Rheinmetall hat aktuell einen Auftrags-Backlog von 62 Milliarden Euro. Zum Vergleich: 2021 lagen sie bei 24 Milliarden Euro. Die RENK Group, um ein bayerisches Beispiel zu nennen, hat allein im ersten Quartal 2025 über eine halbe Milliarde Euro an Neuaufträgen eingeworben, mehr als doppelt so viel wie im Vorjahreszeitraum. Ist es unter den Voraussetzungen jetzt wirklich das Gebot der Stunde, in einem Rundumschlag über Erleichterungen beim Rüstungsexport zu diskutieren? Oder geht es nicht vielmehr darum, dass wir erst einmal unsere eigenen Bedarfe decken und die Bundeswehr zur

stärksten konventionellen Armee Europas machen, so wie es der neue Bundeskanzler jüngst angekündigt hat?

Ihr kritisiert, dass die Genehmigung von Exporten in kritische Staaten intensiv geprüft werden muss. Ja, natürlich muss das intensiv geprüft werden. Das Beispiel Russland zeigt, wie schnell aus einem kritischen Staat am Ende ein aggressiver, gefährlicher Staat werden kann, der sich gegen unsere eigenen Sicherheitsinteressen wendet. Die letzte Bundesregierung hat deshalb an einem Rüstungsexportkontrollgesetz gearbeitet, das die verschiedenen Aspekte aus Industrie-, Sicherheits- und Europapolitik zusammendenkt, und hat mit vier Maßnahmenpaketen Maßnahmen beschlossen, um die Exporte einfacher, schneller und digitaler zu machen, ohne dabei die Standards herabzusetzen. Die meisten Punkte in eurem Antrag sind damit längst in Bearbeitung. Das betrifft übrigens auch die Dual-Use-Güter. Dementsprechend hat sich dieser Antrag eigentlich erledigt. Er hat auch aus Sicht bayerischer Lokalpolitik – –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Adjei, das Budget Ihrer Redezeit ist bereits zu Ende.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Ja.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Aber es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung, –

Benjamin Adjei (GRÜNE): Dann machen wir es so.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: – also noch einmal eine Minute Verlängerung. – Felix Freiherr von Zobel für die FREIEN WÄHLER, bitte sehr.

Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, wenn der deutsche Rüstungsexport wirklich so gut ist, wie Sie sagen, warum hat Polen dann 1.000 Kampfpanzer, fast 50 Kampffjets und fast 650 Panzerhaubitzen aus Korea und nicht aus Deutschland gekauft? – Ich glaube, die Antwort liegt nahe, dass der Export nicht so gut ist, und deswegen macht der Antrag auch definitiv Sinn. Was halten Sie davon?

Benjamin Adjei (GRÜNE): Nein, lieber Kollege, das liegt vielleicht an den Kapazitäten, die die Rüstungsindustrie hat. Rheinmetall hat, wie gesagt, im Moment 62 Milliarden Euro an Bestellungen, die schon vorhanden sind. Das sind zehn Jahresumsätze. Wenn ich als Pole heute etwas bei Rheinmetall bestellen möchte, dann bekomme ich es nicht morgen oder übermorgen, und deswegen muss natürlich geschaut werden: Wo sind international die entsprechenden Kapazitäten? – Natürlich muss man sich Gedanken machen: Wie können wir die europäischen Kapazitäten stärken und ausbauen, um am Ende Beschaffungsmaßnahmen auch innerhalb Europas zu halten? Das liegt aber nicht an Exportbeschränkungen, sondern daran, dass die Kapazitäten hier zu gering sind. Daran muss gearbeitet werden. Es geht nicht darum, Waffen in Drittstaaten zu exportieren, sondern erst einmal darum, die europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu stärken und voranzutreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Adjei. – Nächster Redner ist Herr Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Deutschland ist immer vorsichtig mit Rüstungsexporten umgegangen, weil wir eine Verantwortung gegenüber unserer Geschichte haben, Stichwort Zweiter Weltkrieg, Stichwort Nazidiktatur. Trotzdem war Deutschland in den Jahren 2020 bis 2024 immer unter den Top Five der Rüstungsexporteure in der Welt. Ich weiß also gar nicht, welches Problem Sie hier beschreiben.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Im letzten Jahr, 2024, waren wir an Stelle drei wegen der Exporte in die Ukraine. Ja, weil wir eine starke europäische und deutsche Rüstungsindustrie brauchen, werden die Regelungen jetzt verändert. Es soll beschleunigt werden und einfacher werden. Aber – hier muss ich Herrn Kollegen Adjei recht geben – Sie haben hier wie der Sales-

Manager einer Rüstungsfirma geredet, aber nicht über Menschenrechte, Humanität und die Folgen gesprochen, die der Waffenexport haben kann.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zuhören!)

Deswegen steht auch zu Recht im Koalitionsvertrag, dass es für uns rote Linien gibt, wenn Waffen dazu dienen, einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu führen, oder dazu, die Bevölkerung intern zu unterdrücken. Das muss geprüft werden. Davon lese ich kein Wort in Ihrem Antrag.

Deshalb, sehr geehrter Herr Pohl, werden wir diesen Antrag ablehnen. Man kann über einzelne Punkte reden, aber ich kann, weil ich jetzt bei einer Zwischenbemerkung die Gelegenheit dazu habe, vielleicht noch einmal darauf eingehen, was im Detail an Ihrem Antrag problematisch ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Stephanie Schuhknecht, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Herr Kollege, Sie haben jetzt viel über die Bedrohungslage gesprochen. Ich würde gerne noch einmal auf die Rüstungsindustrie selbst kommen. Es ist ja so, dass diese momentan sehr stark von den großen Unternehmen geprägt ist. Wie könnte denn eine Einbindung der Start-ups und Scale-ups aus diesem Bereich gut funktionieren?

Dazu gab es hier in Bayern einen ersten Anlauf, aber es gibt auch den Strategischen Industriedialog im Bundesministerium der Verteidigung, und das ist ja ein SPD-Kollege von Ihnen.

Florian von Brunn (SPD): Wir haben erst einmal die finanziellen Voraussetzungen dafür geschaffen, indem wir Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse ausgenommen haben. Dabei haben auch die GRÜNEN mitgeholfen. Vielen herzlichen Dank

dafür. Die FREIEN WÄHLER hingegen waren gegen jede Reform der Schuldenbremse.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Stimmt doch überhaupt nicht!)

– Natürlich, das haben Sie ja die ganze Zeit gesagt. Inzwischen werden natürlich auch kleinere Unternehmen berücksichtigt, insbesondere auch bei den Hilfen für die Ukraine. Ich erinnere an das Münchner Unternehmen Helsing, das KI-gesteuerte Drohnen herstellt. Das findet tatsächlich statt. Wer gar nicht im Bundestag vertreten ist und sich der Anerkennung der finanzpolitischen Voraussetzungen für Verteidigungspolitik und -fähigkeit verweigert, Herr Pohl, sollte hier nicht so große Töne spucken, wie Sie das gerade getan haben.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Bei der Wahrheit bleiben!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege von Brunn. – Nächster Redner ist Herr Kollege Wolfgang Fackler für die CSU-Fraktion.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Rüstungsexporte erleichtern und Verfahren beschleunigen – dieses Thema ist richtig und wichtig, vor allem ist es aber auch anspruchsvoll und komplex. Deshalb ist es gut, dass wir dieses Thema hier im Bayerischen Landtag diskutieren; schließlich ist die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie bei uns hier in Bayern daheim. Sie genießt unser Vertrauen und braucht unsere bayerische Rückendeckung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Weil dies ein komplexes Thema ist, passt es eigentlich ganz und gar nicht zur AfD, weil die AfD eigentlich immer nur für einfache Lösungen steht. Zudem sitzen Sie hier in einer doppelten oder sogar dreifachen Zwickmühle, da Sie eine russlandfreundliche Partei sein wollen und dem Kreml gefallen möchten. Außerdem sind Sie jetzt auch

noch Trump-Fan, und dann haben Sie auch noch irgendwelche dubiosen Verbindungen zu China. Das erklärt diesen Eiertanz, den Sie hier gerade aufgeführt haben. Die AfD ist sicherlich keine Friedenspartei, sondern eine Unfrieden-Partei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was die Rüstungsexporte anbetrifft, hatten wir letzte Woche den Rüstungsgipfel unseres Bayerischen Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei. Auch dort ist das Thema der zu strengen Anforderungen, wenn es um Exporte in Drittländer geht, angesprochen worden. Natürlich ist dies ein Teilaspekt von vielen, der die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie gerade bewegt, aber es ist auch gut, wenn man einmal grundsätzlich über dieses Thema spricht.

Wir sollten auch nicht ausblenden, dass Frankreich eine fast doppelt so hohe Exportquote wie Deutschland hat. Auch dies gehört dazu. Andere europäische Länder sind beim Thema Exporte deutlich schmerzfreier und pragmatischer als Deutschland. Diese anderen Länder – Frankreich, UK, Italien, Spanien usw. – legen den gemeinsamen Standpunkt des Rats der EU aus 2008 anders aus. Vielleicht schütteln sie auch manchmal den Kopf über Deutschland, wenn sie unsere Debatte verfolgen; denn bei uns in Deutschland tut man sich viel schwerer damit, Rüstungsexporte politisch zu erklären, weil sicherheitspolitische Interessen in der Regel geheim und im Bundessicherheitsrat beraten werden. Das ist, glaube ich, sehr wichtig. Weil wir diese Geheimhaltung haben, bleibt Raum für Interpretation und Fundamentalpazifismus. Dies wird dann oft in den wohlklingenden Vorwurf gekleidet, die böse Industrie wolle nur Profit und ein Geschäft machen.

Aber, meine Damen und Herren, dieser Standpunkt ist falsch. Die SPD, meine ich, hat das mit dem neuen Verteidigungsminister erkannt. Bei den GRÜNEN wissen wir es nicht so genau. Während der Ampel-Regierung wollten die GRÜNEN noch ein neues Rüstungsexportkontrollgesetz verabschieden, mit dem sie Ausfuhren komplett

unmöglich machen wollten. Aber hier sind Sie von der SPD schon zurückgepfiffen worden. Deshalb müssen wir heraus aus dieser defensiven und verdrehten Grundhaltung; denn es geht auch um Sicherheitsinteressen, außenpolitische Interessen sowie Wirtschafts- und Industriepolitik und nicht nur um überzogene moralische Vorstellungen. Auch diese andere Seite der Medaille muss beleuchtet werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb brauchen wir eine Harmonisierung der europäischen Rüstungsexportregeln. Aus meiner Sicht bringt es auch nichts, nur zur Gewissensberuhigung Musterschüler in der Welt zu sein, während andere Länder offenbar nicht so viele Gewissensbisse haben. Offensichtlich gibt es auch verantwortungsbewusste Rüstungsexporte, die den außen- und sicherheitspolitischen Interessen entsprechen. Ich nenne zum Beispiel, dass Waffenlieferungen in Länder geschehen, um damit Raketen auf Israel abzufangen oder Raketenangriffe der Huthi-Rebellen auf deutsche Frachtschiffe im Roten Meer zu verhindern.

Die Welt hat sich leider verändert. Ich denke, dass die Jahre 2018 und 2019, als wir dieses Thema in der damaligen Bundesregierung hatten, heute aus einer anderen Sicht bewertet werden sollten. Wie sollen wir mit Ersatzteillieferungen umgehen? Wie sollen wir mit gemeinsamen europäischen Systementwicklungen umgehen, wenn Deutschland bei den Genehmigungen der Bremsklötze ist? "Made in Germany", so sehe ich es, darf nicht zum Malus werden, sondern muss ein Qualitätsmerkmal sowie ein Garant für Stabilität und Verlässlichkeit sein.

Meine Damen und Herren, wir müssen beim Thema Sicherheits- und Verteidigungspolitik, vor allem auf europäischer Ebene, auf unsere europäischen Partner zugehen, statt unsere Vorstellungen zur Richtschnur für andere machen zu wollen. Wir können uns hier nicht länger wegduckeln und die Verantwortung auf andere europäische Länder verlagern. Wir brauchen auf Bundesebene mehr Realitätssinn und Tempo statt

Lamento. Wir brauchen Tatendrang und Entscheidungsfreude und vor allem auch politische Führung, die in und für Europa übernommen wird. Ich, meine Damen und Herren, habe dieses Vertrauen in unsere neue schwarz-rote Bundesregierung.

Wir werden diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor: Die erste kommt von Herrn Abgeordneten Müller für die AfD-Fraktion.

Johann Müller (AfD): Herr Kollege, Sie werfen uns vor, dass wir Freunde von Putin und neuerdings auch von Trump sind.

(Florian von Brunn (SPD): Stimmt ja auch!)

Es gibt Menschen in Deutschland, die möchten die Bundeswehr zur stärksten Armee in Europa machen. Wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit zwischen den dann drei größten Armeen weltweit vor? Wollen Sie mit Kugelhagel Gespräche führen, oder möchten Sie mit den anderen Kriegsmächten diskutieren?

Wolfgang Fackler (CSU): Wie Sie wahrscheinlich wissen, ist unsere Bundeswehr eine Verteidigungsarmee. In dem Sinne gehen wir auch Gespräche an, und in dem Sinne gehen wir maßvoll und verantwortungsvoll in der Welt vor. In diesem Sinne werden wir unsere Bundeswehr sinnvoll aufstellen. Ich habe es schon oft genug gesagt: Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit und ohne Freiheit keinen Frieden. Das ist ganz einfach.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung stammt vom Kollegen Benjamin Adjei für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Lieber Kollege Fackler, ich bin ehrlich gesagt ziemlich schockiert von Ihrer Rede. Das hört sich so an, als würdet ihr überhaupt keine Verantwortung in der Politik sehen, wenn es um Waffenexporte geht und wenn es um die Frage geht, wie man mit dem Thema Waffen und dem Schaden, den Waffen auch anrichten können, umgehen muss.

Sie haben vorhin gesagt, dass es das von der alten Bundesregierung geplante Rüstungsexportkontrollgesetz unmöglich gemacht hätte, Waffenexporte durchzuführen. Welche der im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Maßnahmen gäben das denn her? Ich möchte einen Punkt nennen, nämlich die doppelten Genehmigungsverfahren. Diese sollten nach dem Gesetzentwurf abgeschafft werden. Das ist eine Forderung, die im Antrag enthalten ist. Welche Maßnahmen wären aus Ihrer Sicht nicht unterstützenswert, die im Gesetzentwurf enthalten gewesen sind?

Wolfgang Fackler (CSU): Nachdem der Gesetzentwurf zurückgepfiffen worden ist, lohnt es sich nicht, noch einmal darüber zu reden.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Sie haben darüber geredet!)

Wir brauchen hier keine Diskussionen zu führen, die an anderer Stelle von Ihnen aufgemacht worden sind. Wie gesagt, wir wissen, dass Sie Berührungsängste bei diesem Thema haben.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Verantwortungsvoll mit dem Thema umgehen! Das habe ich nicht herausgehört!)

– Ja, wir machen das auch mit Verantwortung.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Nicht nur Sie haben die Moral für sich gepachtet. Aber zu glauben, Frieden nur mit Moral erreichen zu können, wenn ein anderer überhaupt keine Moral hat, ist halt auch irgendwo schwierig.

Wir werden das auf jeden Fall verantwortungsbewusst in der neuen Regierung meistern; dafür brauchen wir Ihre Hinweise nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Fackler. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU auf Drucksache 19/6744 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der AfD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/6745 mit 19/6747 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.